

Avanti

2

Theoriebeilage
Demokratie:
Kapitalistisch
oder sozialistisch?

ISO Rhein-Neckar

Sind Profite unantastbar?



NEIN!

INHALT

TITEL

01 KRISE

Profite antasten

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 PARISER KOMMUNE

Lebt sie noch?

KRISE

03 KRISE

Profite antasten

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

04 ERSTER MAI

DGB-Kundgebung ohne Demo?

05 BETRIEBSRÄTE

„Modernisierungsgesetz“

06 ARBEITSWELT

Brennpunkt Gesundheitsschutz?

07 BETRIEBSRÄTE

Herausforderung COVID-19

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
die Bundestagswahlen werfen ihre Schatten voraus. Das „Wahlvolk“ wird deshalb noch mehr als sonst mit Erfolgsmeldungen und Versprechungen aus dem Lager der prokapitalistischen Politik überschüttet.

Wir lassen uns davon nicht beeindrucken, sondern untersuchen weiterhin die realen Verhältnisse. Natürlich, um sie besser verstehen zu können, vor allem aber, um noch wirkungsvoller zu ihrer positiven Veränderung beitragen zu können.

Zudem versuchen wir weitere Antworten auf die Frage zu finden: Was heißt Solidarität in Zeiten der Pandemie?

In der Theoriebeilage befassen wir uns mit dem Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Demokratie.

Wir hoffen sehr, dass Euch diese Juni-Ausgabe von *Avanti*² gefällt.

Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Eure Redaktion

INHALT

PANDEMIE

08 KINDER

Angst oder Hoffnung?

SOZIALE FRONT

09 #ZEROCOVID

Leichte Schwerpunktverschiebung

POLITISCHE BILDUNG / ISO

10 KLASSENKAMPF

Erfolgreicher Neoliberalismus?

11 AUFRÜSTUNG

Kriegsvorbereitungen

RÜCKBLENDE / TERMINE

12 ACHTER MAI

Gegen das Vergessen?

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 DEMOKRATIE

Kapitalistisch oder sozialistisch

150 Jahre Pariser Kommune Lebt sie noch?

E. B.

An die blutige Unterdrückung der Pariser Kommune vor 150 Jahren erinnerte ein breites Bündnis aus linken Organisationen, Parteien (darunter die NPA) und Gewerkschaften am 29. Mai 2021 in Paris.

Die Auftaktveranstaltung auf dem Platz der Republik mit Infoständen, Ansprachen und Musik bot Tausenden die Gelegenheit, sich nach dem Ende der Ausgangsbeschränkungen wieder ohne Polizeirepression zu sehen.

Eine kämpferisch gestimmte und bunte Demo machte sich danach auf den weiten Weg zum historischen Friedhof Père-Lachaise.

Dort befindet sich eine Mauer (Mur des Fédérés), die seit langem ein Gedenkort ist. Vor ihr wurden die wahrscheinlich letzten 147 aktiv Kämpfenden der Kommune am 28. Mai 1871 von konterrevolutionären Truppen erschossen.

Kurz danach fielen dem Terror der französischen Regierung Tausende von „Kommunarden“ zum Opfer. ■



Foto: Copyright Photothèque Rouge / Martin Noda / Hans Lucas.

Demo zum 150. Jahrestag der blutigen Unterdrückung der Pariser Kommune, 29. Mai 2021.

Sind Profite unantastbar?

Superreiche und Konzerne zur Kasse!

O. T.

Mit dem Fortschreiten der Corona-Pandemie zeigt sich die Klassenspaltung der Gesellschaft immer deutlicher. Während vor allem Konzerne eine großzügige, oftmals ungeprüfte finanzielle Unterstützung durch den Staat erfahren, gehen viele Menschen leer aus.

Betroffen von dieser den Kapitalinteressen dienenden Politik sind vor allem prekär und befristet Beschäftigte, Soloselbstständige, Erwerbslose, Alleinerziehende, Auszubildende, Studierende, Zugewanderte, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung und Obdachlose.

Arme stärker betroffen

Aktuelle Studien zeigen, dass sich diese Menschen aufgrund verschlechterter und teilweise unmenschlicher Lebens- und Wohnbedingungen (z. B. in den Massenunterkünften von Flüchtlingen oder Saisonarbeitenden) häufiger als andere infizieren, dann im Krankenhaus behandelt werden müssen oder sogar an COVID-19 sterben.

Das ist nicht nur die Folge des Scheiterns der Herrschenden bei der Pandemiebekämpfung. Das ist auch das Ergebnis der jahrzehntelangen Politik der Privatisierung, der Deregulierung, der „Spar“- und Kürzungspolitik sowie der Steuerpolitik zu Gunsten des Kapitals und der Reichen und Superreichen.

Der Pflegenotstand, ein auf Profit getrimmtes Gesundheitswesen, die Ausweitung des Niedriglohnsektors, die Verfestigung von Armut und Wohnungsnot, der Abbau öffentlicher und sozialer Leistungen, die mangelnde personelle Ausstattung von Kommunen, Kitas und Schulen, die Schwächung der Sozialsysteme sowie die Umverteilung von unten nach oben – das alles hat die Auswirkungen der Corona-Pandemie enorm vertieft.

Klassenspaltung vertieft

Während die Armen immer ärmer werden, werden die Reichen immer reicher. Zwischen 1998 und 2015 wurden in Deutschland die reichsten 30 Prozent der Bevölkerung steuerlich entlastet, während die unteren 70 Prozent mehr Steuern zahlen mussten.

Das private Nettovermögen beläuft sich auf 13 Billionen Euro. Der private Reichtum konzentriert sich in wenigen Händen. Das reichste Zehntel der Bevölkerung besitzt zwei Drittel, die Superreichen – das reichste 0,1 % – ein Fünftel dieses Nettovermögens. Bei Vermögen und Erbschaften ist Deutschland eine Steueroase. Auch in der Coronakrise setzt sich diese Entwicklung fort.

Kapitalistisches Scheitern

Gleichzeitig geraten wir aufgrund der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die Mensch und Natur vorrangig als Ausbeutungsobjekt sieht, immer schneller in eine Klimakatastrophe. Die Lebensgrundlagen der Menschheit sind unmittelbar bedroht. Hier wird das Scheitern des kapitalistischen Systems besonders deutlich.

Die Jagd nach Höchstprofiten hat binnen kürzester Zeit die Frage des menschlichen Überlebens auf dieser Erde auf die Tagesordnung gebracht. Die Maßnahmen der nächsten 10 Jahre werden die Antwort geben.

Eine wirksame Bekämpfung der Klimakatastrophe und der Na-

turzerstörung hängt davon ab, ob sie die Logik der Profitmaximierung stoppen kann. Sie hängt ferner davon ab, ob es der arbeitenden Klasse gelingt, eine demokratische Gesellschafts- und Wirtschaftsform jenseits des Kapitalismus durchzusetzen. Nur dann können soziale, wirtschaftliche und ökologische Bedürfnisse im Interesse der großen Mehrheit verwirklicht werden.

Unsere Forderungen:

- Gegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für Millionen muss die Arbeit auf alle verteilt werden – durch die stufenweise Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust und mit Personalausgleich : 35-Stundenwoche, 30-Stundenwoche usw.
- Leiharbeit, Werkverträge und alle Formen prekärer Beschäftigung müssen ebenso wie Entlassungen verboten werden.
- Armut muss konsequent bekämpft werden. Deshalb ist das Existenzminimum aller durch die Krise in Not geratenen Menschen unbürokratisch zu sichern. Ein garantierter Mindestlohn von 15 € und darüber hinaus eine gesellschaftliche Grundsicherung von 1.500 € sind umgehend einzuführen.
- Das Grundrecht auf Wohnen muss durch die Vergesellschaftung von Grund und Boden vor allem in den Städten sowie das Verbot von Immobilienspekulation und die Enteignung von Wohnungskonzernen durchgesetzt werden.
- Das Geld für die Finanzierung all dieser und möglicher anderer Maßnahmen ist da. Es muss „nur“ von den Reichen und Superreichen, von den Investmentfonds und Konzernen zur Verfügung gestellt werden.
- Die Aufhebung des „Geschäftsgeheimnisses“ durch die Offenlegung der Firmenkonten bei Unternehmen, die Arbeitsplätze vernichten und Subventionen aus Steuermitteln erhalten, das Unterbinden der „Steuer-Optimierung“ und der Geldwäsche, die Beschlagnahmung der durch Konzerne und Einzelpersonen im Ausland versteckten Milliarden, die direkte Haftung der Konzerne und Fonds für die durch ihre Machenschaften verursachten gesellschaftlichen und ökologischen Schäden, eine Solidaritätssteuer von mindestens 20 % auf alle Geldvermögen über 1 Million Euro und eine Vermögensteuer von 80 % für alle Einkommen, die das Tausendfache des Durchschnitts betragen – all das wird im Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen und seiner Mitwelt spürbar helfen.

Solidarische Front jetzt!

Entscheidend ist jetzt, die Bündelung und gegenseitige Unterstützung aller gegen die Kapitalinteressen gerichteten Bewegungen zu verstärken. Dies erfordert ein organisiertes und organisierendes Engagement für den Aufbau einer solidarischen Front nicht nur der sozialen Bewegungen, sondern auch der linken und gewerkschaftlichen Organisationen. ■

1. Mai 2021 in Mannheim

„Solidarität ist Zukunft“

K. S.

Der 1. Mai stand auch in diesem Jahr völlig im Zeichen der Pandemie. Bereits im Vorfeld sorgte das Mannheimer Ordnungsamt für Chaos. Es hatte nämlich alle Demonstrationen auf Grund der hohen Inzidenzzahlen in der Quadratestadt verboten und nur stationäre Kundgebungen erlaubt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) entschied sich leider, gegen diesen Beschluss keine Rechtsmittel einzulegen. Er begnügte sich damit, eine Kundgebung auf dem Marktplatz abzuhalten. Zudem akzeptierte der DGB die behördliche Auflage, dass maximal 200 Menschen zu der Veranstaltung zugelassen werden sollten.

Verteidigung des Rechts auf Demonstration

Das Solidaritäts-Netzwerk Mannheim hatte nach dem Verzicht des DGB beschlossen, eine eigene Demonstration anzumelden. Unter dem Motto „Lockdown Capitalism!“ wollte das Bündnis damit die Forderung „Für eine solidarische Lösung von Pandemie und Krise“ unterstreichen. Das Soli-Netzwerk ist ein Zusammenschluss mehrerer antikapitalistischer Gruppen und Organisationen, das auch von der ISO Rhein-Neckar unterstützt wird.

Gegen das erwartete Verbot der Stadt Mannheim zog das Solidaritäts-Netzwerk vor Gericht und konnte erfolgreich das Recht auf Demonstration am 1. Mai verteidigen.

Die Auflagen der Stadt Mannheim sahen allerdings vor, dass höchstens 200 Personen in Blöcken von 15 Teilnehmenden sich an einem Demozug beteiligen durften. Da sich jedoch mehr Menschen am Alten Meßplatz eingefunden hatten, wurde spontan eine weitere Demonstration angemeldet.

Nach dem Auftakt mit Redebeiträgen aus dem Soli-Netzwerk nahmen beide Demozüge den Weg Richtung Marktplatz. Auf Grund dessen, dass sich rund 350 Menschen an dem Marsch beteiligten, mussten die Demonstrierenden jedoch bis zum Paradeplatz weiterlaufen.

Danach begab sich ein Großteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Kundgebung des DGB auf dem Marktplatz, so dass auch dieser sich rasch füllte.

Hauptrede mit kämpferischen Akzenten

Die Kundgebung des DGB stand unter dem Motto „Solidarität ist Zukunft“. Sie war in

Anbetracht der Umstände erfreulich gut besucht. Im Anschluss an die Demo befanden sich rund 500 Menschen auf dem Marktplatz.

Nach der Begrüßung durch den DGB-Kreisvorsitzenden Jens Lehfeldt hielt Thomas Hahl, Erster Bevollmächtigter der IG Metall (IGM) in Mannheim, die Hauptrede.

Hahl stellte die Pandemie ins Zentrum seiner kämpferischen Ansprache. Die Krise habe die Beschäftigten in jeder Hinsicht härter getroffen als die Konzerne. Diese hätten auch im vergangenen Jahr meist wieder große Gewinne gemacht. Der IGM-Hauptamtliche kritisierte unter anderem auch, dass Unternehmensleitungen immer öfter Betriebsräte mobben würden.

Hahl sagte mit Blick auf die Einzelgewerkschaften: „Wir müssen über die Gewerkschaftsgrenzen hinweg Solidarität zeigen und gemeinsam für soziale Gerechtigkeit kämpfen!“

Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt

In weiteren Redebeiträgen thematisierten jüngere Kolleginnen und Kollegen aus den Organisationsbereichen der Gewerkschaften IG BCE, IGM und ver.di die Situation der jungen Menschen in der Arbeitswelt. Sie forderten bessere Ausbildungsbedingungen und die Übernahme in sichere Arbeitsverhältnisse.

Auch die durch die Pandemie noch mehr zugespitzte Lage im Pflegebereich kam zur Sprache. Die Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung des städtischen

Uni-Klinikums forderte unmissverständlich eine Abkehr von der Profitorientierung im Gesundheitswesen.

Den Schlusspunkt im Reigen der Ansprachen setzte ein Vertreter des IGM-Arbeitskreises Arbeits- und Gesundheitsschutz. Er kritisierte den meist fehlenden Gesundheitsschutz in den Betrieben.

Für die über 40 Millionen Beschäftigten in Deutschland müsse endlich der seit 1996 zwingend vorgeschriebene vorbeugende Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz durchgesetzt werden. Dann könnten auch die zur Bekämpfung der Pandemie erforderlichen technischen, organisatorischen und persönlichen Schutzmaßnahmen verwirklicht werden. Stattdessen werde seit Jahren ein folgenschwerer Gesetzesbruch betrieben. Das sei ein Skandal. Die Anwesenden auf der DGB-Kundgebung sahen das offenbar nicht anders.

Handeln statt Reden

Die Verschärfung des Klassenkampfes von oben in Zeiten der Pandemie ist ein Fakt. Damit Solidarität in Zukunft wirksamer wird, müssen die Gewerkschaften den guten Worten am 1. Mai hartnäckig und konsequent Taten an allen anderen Tagen des Jahres folgen lassen. Erforderlich ist deshalb das furchtlose Streiten für die Abkehr von den Illusionen der „Sozialpartnerschaft“ und für die Durchsetzung einer aktivierenden Politik der gewerkschaftlichen Gegenmacht. ■



DGB-Kundgebung am 1. Mai 2021 in Mannheim.

„Betriebsrätemodernisierungsgesetz“ Mehr Schein als Sein?

H. S.

Am 21. Mai 2021 hat der Bundestag den Entwurf der Bundesregierung für ein „Betriebsrätemodernisierungsgesetz“ beschlossen. Nach Aussage von Arbeitsminister Heil (SPD) soll es die Gründung von Betriebsräten erleichtern und Betriebsratswahlen vereinfachen. Zudem soll Betriebsratsarbeit erleichtert und unter anderem das Recht auf Weiterbildung gestärkt werden.

Zurückdrängen von Betriebsräten

2019 gab es nur noch in 9 % der betriebsratsfähigen Betriebe in Westdeutschland und in 10 % in Ostdeutschland einen Betriebsrat (BR). Das heißt, dass nur noch rund 41 % der Beschäftigten in Westdeutschland und 36 % in Ostdeutschland von Betriebsräten vertreten werden. Diese Situation ist nicht zuletzt auf die rechtswidrige Verhinderung von Betriebsräten durch Unternehmensleitungen zurückzuführen. Die Initiative zur Gründung eines BR führt oft zu Repressalien bis hin zur Kündigung. Zudem werden bereits aktive Betriebsräte zunehmend gemobbt.

Viel heiße Luft

Bei genauerem Hinsehen enthält das Gesetz viel heiße Luft. So ist die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte bei der mobilen Arbeit und der künstlichen Intelligenz mehr oder weniger kosmetisch. Diese Themen waren schon zuvor durch die Mitbestimmungsrechte nach § 87 Betriebsverfassungsgesetz erfasst. Die Änderung bezüglich der Beschlussfassung von Betriebsrat, Gesamtbetriebsrat und Konzernbetriebsrat bei virtuellen Sitzungen ratifiziert nur die durch die Pandemie erzwungene Lage.

Kein wirklicher Kündigungsschutz

Ein wirksamer Kündigungsschutz für Aktive, die einen Betriebsrat gründen oder sich in einem bereits vorhandenen Betriebsrat engagieren wollen, ist offenbar nicht gewollt.

Außerordentliche Kündigungen schließt das neue Gesetz nicht aus. Damit ist der Entfernung von aktiven Kolleginnen und Kollegen nach wie vor Tür und Tor geöffnet. Vor dieser sind sie nämlich in keiner Phase des Wahlvorgangs geschützt. Regelmäßig werden aber gerade dann außerordentliche Kündigungen ausgesprochen.

Bei ordentlichen Kündigungen mit Einhaltung von Kündigungsfristen könnten die zur BR-Wahl einladenden Beschäftigten den Wahlvorgang weiter vorbereiten und einen BR-Wahlvorstand bestellen. Genau dies soll aber verhindert werden.

Neu ist, dass Beschäftigte bei einem Notar eine Absichtserklärung zur BR-Gründung abgeben können. Dadurch sind sie bis zu der Betriebsversammlung, in der der Wahlvorstand bestellt wird, maximal aber drei Monate lang, nur vor einer ordentlichen Kündigung geschützt. Allerdings nur soweit keine „betriebsbedingten Gründe“ vorliegen.

Weitere Duldung von BR-Mobbing

Es ist ganz offensichtlich, dass das kriminelle Mobbing von Betriebsräten durch Geschäftsleitungen von der Regierung ignoriert oder sogar bewusst geduldet wird. Anders ist es nicht zu erklären,

dass der strafrechtliche Schutz der Betriebsräte ein reines Lippenbekenntnis des Gesetzgebers bleibt. Verurteilungen in Fällen von Betriebsratsbehinderung gibt es fast nicht.

Ein weiteres Problem ist der mangelnde Schutz von Beschäftigten mit befristetem Arbeitsvertrag. Sie haben zwar einen „Kündigungsschutz“, aber der endet mit dem Auslaufen des Vertrags. Dies ist ein massives Demokratiedefizit. „Befristete“ können sich faktisch nicht im BR engagieren.

Nur wenig Positives

Positiv ist, dass das vereinfachte Wahlverfahren nunmehr auf Betriebe mit bis zu 100 Wahlberechtigten ausgeweitet wird. In Betrieben mit bis zu 200 Beschäftigten kann im gegenseitigen Einvernehmen ebenfalls das vereinfachte Verfahren angewendet werden. In diesem Fall kann ein BR innerhalb von 2-3 Wochen gegründet werden.

Positiv ist auch die Ausweitung der Rechte des Betriebsrats beim Bildungsbedarf und der beruflichen Weiterbildung der Beschäftigten. Bislang konnte der Betriebsrat hier nur beraten und Vorschläge machen. Zukünftig soll hier die Anrufung der Einigungsstelle ermöglicht werden. Unklar ist aber, ob diese auch gegen den Willen der Geschäftsleitung rechtswirksam entscheiden kann,

Fazit

Für Gesetze im Sinne der abhängig Beschäftigten braucht es mehr als Verhandlungen am Kabinetttisch oder ein Kreuz bei den Bundestagswahlen. Wirklich positive Ergebnisse im Sinne der Beschäftigten lassen sich nur durch die breite Diskussion und Mobilisierung der Betroffenen selbst erreichen. Es ist vor allem die Aufgabe der Gewerkschaften, den entsprechenden Druck zu organisieren. ■

Konferenz

„Betriebsräte im Visier“

Bossing, Mobbing & Co.

Grundrechte verteidigen!

Samstag, 16. Oktober 2021

Gewerkschaftshaus Mannheim

Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

COVID-19

Was tun gegen die Infektionsgefahr bei der Arbeit?

W. A.

Die Arbeitswelt ist bei COVID-19 nach wie vor ein Hochrisikogebiet. Was also ist zu tun?

Selbst wenn es endlich flächendeckendes Testen und Impfen auch in allen Betrieben geben würde, dürften die folgenden Vorgaben nicht aufgehoben werden.

Die Gefährdung durch Corona ist zu beurteilen und der Gesundheitsschutz nach dem Arbeitsschutzgesetz sicherzustellen. Dabei sind nicht nur die AHA-L-Regeln zu beachten, sondern es ist auch die Rangfolge von technischen, organisatorischen, persönlichen Schutzmaßnahmen (TOP-Prinzip) einzuhalten.

10 Punkte sind zu beachten:

1. Der Sicherheitsabstand zwischen Beschäftigten bei der Arbeit muss mindestens 2 m betragen.
2. Der enge Kontakt von Personen zu Beginn und Ende der Arbeitszeit ist durch geeignete organisatorische Maßnahmen zu unterbinden.
3. Entsprechend ist durch versetzte Pausen sicherzustellen, dass der Mindestabstand in Pausenräumen eingehalten wird.
4. In Räumen muss ein effektives Lüftungskonzept umgesetzt werden.
5. Auf sorgfältige und regelmäßige Handhygiene ist zu achten.
6. Ein wirksamer Reinigungsplan für Arbeitsmittel und mit der Hand berührbare Flächen ist umzusetzen.
7. Gegebenenfalls muss auch geeignete persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung gestellt werden.
8. Es ist zu prüfen, ob zusätzliche Maßnahmen für besonders Schutzbedürftige (z. B. Menschen mit Vorerkrankungen) erforderlich sind.

9. Verständliche Unterweisungen der Beschäftigten zum Infektionsschutz sind durchzuführen.

10. Koordination und Umsetzung der Maßnahmen sowie ihre Wirkungskontrolle sind sicherzustellen.

Zu alledem sind Firmen zwingend verpflichtet. Aber auch Betriebsräte und Beschäftigte sind gefordert. ■

Ein gesellschaftlicher Aktionsplan für die Arbeitswelt ist nach wie vor erforderlich:

1. Die systematische (muttersprachliche) Aufklärung über die Gefahren der Pandemie, über wirksame Methoden des Infektionsschutzes am Arbeitsplatz sowie über die Rechte und Pflichten von Beschäftigten.
2. Die schnelle Entwicklung und kontinuierliche Umsetzung eines standardisierten, betrieblich zu konkretisierenden Infektionsschutzplans – beginnend in den Brennpunkten der Pandemie (Altenheime, Flüchtlingsunterkünfte, Handels- und Industriebetriebe, Kitas, Krankenhäuser, Schulen ...)
3. Die betriebliche und überbetriebliche Kontrolle des Infektionsschutzes nach dem TOP-Prinzip an allen Arbeitsplätzen.
4. Die gesetzliche Pflicht, überall Betriebsräte und von den Beschäftigten kontrollierte Kommissionen für Infektionsschutz zu bilden.
5. Die wirksame Verhinderung von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung.



DGB-Kundgebung am 1. Mai 2021 in Mannheim.

Foto: helmut-roos@web.de

„Betriebsarbeit in Zeiten der Pandemie“

Ein Gespräch mit Betriebsrätinnen und Betriebsräten*

Auch 2021 kam es in vielen Unternehmen der Rhein-Neckar-Region zu COVID-19-Erkrankungen. Wir sprachen über dieses öffentlich kaum beachtete Thema mit Kolleg*innen eines Betriebs, in dem es im Mai zu Infektionen kam.

Zuerst ein Blick zurück auf das zurückliegende Jahr. Bei Euch waren permanent Kolleg*innen in Quarantäne? Hat sich das geändert?

Heiko: Nein. Bis heute sind im Durchschnitt etwa 4 Prozent der Beschäftigten in Quarantäne. Da sich das auf alle Abteilungen verteilt, kam es bisher kaum zu Auswirkungen auf die Arbeitsabläufe.

Lars: Dabei handelte es sich um Quarantäne-Anordnungen der Gesundheitsämter aufgrund eines Kontakts mit Infizierten außerhalb des Betriebs. Auch die Vorgesetzten schicken Beschäftigte nach Hause, selbst bei leichten Symptomen. Wir haben Zahlen, aber ob die das wirkliche Infektionsgeschehen abbilden, bezweifle ich.

Ada: Ich selbst komme aus der Verwaltung. Da haben viele zuhause gearbeitet. Manche von Ihnen mussten in Quarantäne und arbeiteten von zuhause weiter. Ob darunter auch COVID-19-Erkrankte waren, ist uns offiziell nicht bekannt.

Waren im letzten Jahr und während der dritten Welle viele der Beschäftigten im „Homeoffice“?

Heiko: Das Unternehmen sprach immer von „mobilem Arbeiten“. Aber das wäre jetzt ein anderes Thema. Bei der ersten Welle arbeiteten die meisten, bei denen es möglich war, zuhause. Bei der zweiten Welle waren es deutlich weniger. Bei der dritten Welle war es so zwischendrin. Das spiegelt, glaube ich, den bundesweiten Trend.

Ada: Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass zuhause arbeiten gar nicht so toll ist, wie es immer wieder berichtet wird. Deshalb sind viele so schnell als möglich wieder ins Büro gekommen. Im Moment arbeiten wegen des aktuellen Corona-Ausbruchs wieder mehr Kolleg*innen zuhause.

Trotz dieses Corona-Ausbruchs behauptet die Unternehmensleitung, auf den Infektionsschutz zu achten. Wie passt das zusammen?

Heiko: Formal wird der Infektionsschutz beachtet, aber widersprüchlich und nicht immer nachvollziehbar. Zum Beispiel gibt es an unsinnigen Stellen Maskenpflicht und an anderen, eher kritischen Stellen nicht.

Ada: Die Infektion erfolgte nicht am eigentlichen Arbeitsplatz, sondern im Rahmen eines Präsenz-Seminars. Wahrscheinlich war die unzulängliche Raum-Belüftung eine Ursache. Sicherlich hätte das Seminar später durchgeführt werden können. Nach dem Ausbruch wurden sofort alle geplanten Präsenz-Seminare abgesagt.

Letztendlich hatten alle großes Glück. Niemand erkrankte nach bisherigem Informationsstand schwer. Geimpfte anscheinend gar nicht. Obwohl fast eine komplette Arbeitsgruppe betroffen war, konnte die Zeit mit Urlaubsrückrufen und internen

„Ausleihungen“ überbrückt werden.

Heiko: Die größte Angst des Unternehmens ist, dass die Produktion angesichts voller Auftragsbücher ins Stocken gerät. Der Laden muss laufen, aber kosten dürfen die Maßnahmen nichts. Zum Beispiel hatte der Betriebsrat nach dem Ausbruch Raumbelüftungssysteme gefordert. Aber diese hätten natürlich Geld gekostet. Daher gibt es sie bis heute nicht.

Kommen wir zum Schluss. Hat die Pandemie und dieses Infektionsereignis etwas in der Belegschaft, bei den Vertrauensleuten oder im Betriebsrat verändert?

Ada: Ich glaube nicht. Arbeits- und Gesundheitsschutz sind für Belegschaft und Betriebsrat noch kein relevantes Thema. Aber wir versuchen, ein Bewusstsein für die elementare Bedeutung des Gesundheitsschutzes zu entwickeln. Das braucht Zeit.

Lars: Ich sehe auch keine politische Veränderung. Das Unternehmen und die Belegschaft sind bislang ganz gut durch die Pandemie gekommen. Unser größtes Problem ist derzeit der Umbau des Unternehmens und was damit auf uns zukommt.

Heiko: Natürlich ist Corona wichtig. Aber im Hintergrund haben die externen Beratungsfirmen und die internen Arbeitsgruppen weitergearbeitet. Die haben während der Pandemie ihre Pläne fertiggestellt. Jetzt kriegen wir die gebündelt auf den Tisch. Da geht es um „Globalisierung der Prozesse“, um Umstrukturierung, neue IT und so weiter. Da werden das Unternehmen und wir Beschäftigte richtig durchgeschüttelt. Darauf bereiten wir uns vor.

* [Das Gespräch fand Ende Mai 2021 statt. Die Namen wurden zum Schutz der Teilnehmenden geändert. Die Fragen stellte U. D.] ■

**Stoppt die Infektionen
am Arbeitsplatz**

**ZERO
COVID**

**Gesundheitsschutz
am Arbeitsplatz durchsetzen!**

Kinder in Corona-Zeiten: Zwischen Angst und Hoffnung

Gespräch mit einem Neunjährigen*

In der Corona-Politik werden Kinder und Jugendliche stark vernachlässigt. Von Interesse sind sie für die herrschende Politik nur am Rande: Insbesondere dann, wenn es darum geht, dass ihre Eltern auf der Arbeit voll einsatzfähig sein sollen. Sie werden auf ihre Rolle als Schüler*innen reduziert. Beim Lernen selbst werden sie aber nicht ernsthaft durch entsprechende politische Maßnahmen unterstützt.

Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass diese Generation noch lange unter ihren Erfahrungen mit und in der Pandemie leiden wird. Gesundheitlich – psychisch und physisch –, aber auch sozial und beruflich. Wir haben mit einem Grundschüler in Heidelberg darüber gesprochen, wie er die Pandemie erlebt.

Erzähl' uns doch bitte erstmal etwas von Dir.

Ich heiße Rafael, bin 9 Jahre alt und gehe in die 3. Klasse. Ich mache Kempokan. Das ist ein Kampfkunstsport, so ähnlich wie Karate. Ich bin gerne draußen und bewege mich viel.

Was meinst und fühlst Du, wenn Du über die Pandemie nachdenkst?

Dass es plötzlich so eine andere Zeit ist. Ich bin jetzt öfters einsam und gestresst. Mal ist Schule, dann wieder Homeschooling. Ständig ändern sich die Regeln. Das nervt mich und ich weiß nie, wie mein Leben in der nächsten Woche aussieht. Die meiste Zeit gehe ich auch nicht zu päd-aktiv [Nachmittagsbetreuung in der Schule], weil da nur Notbetreuung ist und ich Angst habe, mich anzustecken.

Wie sieht Dein Unterricht in der Pandemie aus? Wie geht es Dir damit?

Am Anfang hatte ich drei Monate lang nur Lernpakete und ganz selten mal 20 Minuten Online-Unterricht. Als die Schule wieder angefangen hat, musste man nur Stoffmasken anziehen, statt OP-Masken oder FFP2. Es hat sich immer wieder geändert. Manchmal war ich nur jede zweite Woche in der Schule und nur 1,5 oder 2 Stunden am Tag. Dann war wieder normaler Unterricht. Ende 2020 gab es gar keine Maskenpflicht, nur für die Lehrkräfte, obwohl die Zahlen gestiegen sind. Dann hatte ich wieder längere Zeit keine Schule, aber fast jeden Tag 45 Minuten Online-Unterricht.

In den letzten Wochen konnte ich in die Notbetreuung gehen. Zu Hause konnte ich mich nicht mehr konzentrieren. Ich hatte gar keine Lust mehr zu lernen. Am Anfang der Pandemie fand ich es auch blöd, nur zu Hause zu arbeiten. Aber da habe ich auch viel gelernt. Jetzt hat das gar nicht mehr

geklappt. Ich hatte das Gefühl, dass ich gar nicht mehr voran komme, und ich hatte Angst, dass ich gar nichts mehr lernen kann. In der Notbetreuung ist das jetzt ein bisschen besser und nach den Pfingstferien soll die Schule wieder normal laufen.

Dein Leben besteht aber nicht nur aus Schule. Wie hat sich Deine Freizeit verändert?

Lange Zeit gab es vom Kempokan nur Videos zum Anschauen, und ich konnte es nur alleine machen. Das habe ich zwar gemacht, aber es hat mir nicht so viel Spaß gemacht. Jetzt ist es besser, weil wir draußen wieder zusammen üben können.

Weil ich im Moment nicht in die Nachmittagsbetreuung gehe, spiele ich oft auf dem Spielplatz mit meinen Freunden Fußball, Fangen oder Verstecken. Das macht mir mehr Spaß als die Betreuung.

Haben sich Deine Freundschaften in der Pandemie verändert?

Ich spiele fast gar nicht mehr mit dem Freund, den ich früher jede Woche getroffen habe. Nur noch mit den Kindern aus der Nachbarschaft. Die kenne ich nicht ganz so gut, und manchmal ist es langweilig oder wir streiten uns. Aber eigentlich

habe ich jetzt mehr Freunde als früher, und das ist gut.

Du hast zwei kleine Geschwister. Wie erleben sie die Pandemie?

Mein kleiner Bruder war lange nicht in der Kita. Jetzt geht er wieder, aber das verwirrt ihn. Er geht total gerne in die Kita, aber abends ist er total aufgedreht. Meine kleine Schwester ist erst 10 Monate alt. Sie kann nicht mit so vielen Kindern spielen, aber sie macht zu Hause viele erfinderische Sachen.

Was wünschst du Dir von den Politiker*innen für den Umgang mit der Corona-Pandemie?

Ich hoffe, dass wir nach den Pfingstferien noch eine Maskenpflicht haben, aber ich hoffe, dass bald die Zahlen runtergehen. Eigentlich weiß ich nicht, was ich will. Ich will, dass die Schulen geschlossen werden, damit die Zahlen sinken. Aber ich will auch, dass sie offen sind, weil ich in der Schule besser lernen kann. Und ich hoffe, dass ich bald mal wieder in einen Freizeitpark gehen und andere Ausflüge machen kann.

*[Das Gespräch wurde von N. B. am 25. Mai 2021 geführt und aufgezeichnet.] ■



DGB-Kundgebung am 1. Mai 2021 in Mannheim.

#ZeroCovid Rhein-Neckar Solidarität in Zeiten der Pandemie!

N. B.

Mit dem Fortschreiten des Impfprozesses in Deutschland verschieben sich teilweise die Schwerpunkte der #ZeroCovid-Kampagne. Eine solidarische Antwort auf die Krise ist aber weiterhin dringend erforderlich.

Die Initiative #ZeroCovid Rhein-Neckar ist überzeugt davon, dass es falsch wäre, sich den viel propagierten und verlockenden Illusionen hinzugeben. Auch mit einer steigenden Impfquote ist die Pandemie nicht überwunden, geschweige denn ihre sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Eine globale Pandemie kann nur global bekämpft werden.

Gesundheitliche Folgen

Die deutsche Impfkampagne ist zutiefst unsolidarisch. So wird die Impfpriorisierung viel zu früh aufgehoben. Das geschieht hauptsächlich, um für eine reibungslose und effektive Produktion von Mehrwert zu sorgen und um den Tourismus wieder anlaufen zu lassen. Im Gegensatz zu Deutschland stehen in den meisten Ländern der Welt überhaupt keine nennenswerten Mengen an Impfdosen zur Verfügung.

Fest steht: Das Corona-Virus mit seinen bereits bekannten und noch zu erwartenden Mutationen und Langzeitwirkungen (Long COVID) wird uns noch lange begleiten, weltweit und damit auch in der BRD.

Das Ausmaß der Pandemie dürfte sowohl in der Rückschau als auch mit Blick nach vorne noch gravierender sein als mensch uns glauben machen will. Wie die medizinische Fakultät Washington nun berechnet, liegt die Zahl der COVID-19-Toten weltweit mit 6,9 Millionen bei mehr als dem Doppelten der offiziellen Verlautbarungen. Bis September 2021 könnten es mehr als 10 Millionen Menschen sein, die durch die Pandemie ihr Leben verlieren werden.

Soziale Folgen

Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die arbeitende Klasse in der BRD zeigen sich in Angriffen auf unsere Rechte und auf unsere praktische Arbeit. Beispiele hierfür sind die zunehmend rigorose Behinderung der Arbeit von Betriebsräten sowie die geplante Erhöhung des Rentenalters auf 70 Jahre. Für eine ganze Generation an Kindern und Jugendlichen werden die Lebensperspektiven noch mehr als bisher von ihrer sozialen Ausgangsposition abhängig gemacht.

Wie weiter?

Die Initiative #ZeroCovid Rhein-Neckar trifft sich weiterhin alle zwei Wochen virtuell, um über aktuelle Entwicklungen sowie vergangene und zukünftige Aktionen zu beraten.

In regelmäßigen Abständen organisieren wir Info-Stände, um die Kampagne unter anderem mithilfe der *ZeroCovid-Zeitung* in die Bevölkerung der Rhein-Neckar-Region zu tragen.

Dabei wollen wir nicht nur über die aktuellen Missstände diskutieren, sondern auch zum Engagement für deren Überwindung ermutigen. Einen weiteren erfolgreichen Aufschlag in diesem Sinn konnten Aktive der Initiative am 22. Mai am Mannheimer Marktplatz verbuchen. Der nächste Infostand ist dort für den Samstag, den 5. Juni 2021, von 11:00 bis 14:00 Uhr angemeldet. Unterstützung ist willkommen.

Weitere Informationen finden sich auf der Facebook-Seite der Initiative (www.facebook.com/zerocovid.rn/) und im Internet bei <https://zero-covid.org/>.



Infostand von ZeroCovid-Rhein-Neckar in Mannheim, 22. Mai 2021.

Foto: Privat.

Fünf Jahrzehnte neoliberale Gegenoffensive des Kapitals (Teil II)

Wir veröffentlichen hier Teil II des Einleitungsreferats unseres Frühjahr-Seminars 2021 zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Der erste Teil erschien in der Mai-Ausgabe von *Avanti*² Rhein-Neckar.

U. D.

Inzwischen ist die internationale arbeitende Klasse seit fast fünf Jahrzehnten mit neoliberal-kapitalistischer Politik konfrontiert. Die Folgen davon sind verheerend.

Die globalen Krisen „synchronisieren“ und verschärfen sich. Milliarden von Menschen sind von ihnen betroffen: Klimakrise, Wirtschaftskrisen, globale soziale Ungleichheit, Frauenfeindlichkeit, rassistisch und religiös motivierte Unterdrückung und Gewalt, Erwerbslosigkeit, Wohnungskrise, Armut, Hunger, Kindersterblichkeit, Angriffe auf demokratische Rechte und Menschenrechte, Kriege, Flucht und nicht zuletzt Epidemien oder gar Pandemien.

Gleichzeitig konzentriert sich weltweit Reichtum und damit auch reale Macht auf immer weniger Menschen.

Die massive Weltwirtschaftskrise 2008/2009 hat den neoliberalen Kapitalismus erschüttert und in Frage gestellt. Selbst die Klasse der Kapitalbesitzenden war für kurze Zeit verunsichert. Aber letztendlich hielt sie nicht nur am Neoliberalismus fest, sondern verstärkte ihre Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.

Neoliberalismus in Deutschland

In der Bundesrepublik hatte die SPD/FDP-Regierung bereits Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre erste „Sparoperationen“ durchgeführt. Aber das Kapital wollte mehr.

Das FDP-Mitglied Graf Lambsdorff veröffentlichte 1982 das nach ihm benannte „Lambsdorff-Papier“. Dieses Papier führte zum Ende der damaligen SPD/FDP-Regierung und war zugleich das Startsignal und der „Masterplan“ für die neoliberalen Angriffe der folgenden Jahrzehnte in Deutschland.

Neben „kapitalfreundlichen“ Vorschlägen wie die Senkung von Unternehmenssteuern enthielt dieses Papier zahlreiche Forderungen, die sich unmittelbar gegen die arbeitende Klasse richteten.

Zum Beispiel:

- Die „Konsolidierung der Sozialsysteme“ ohne Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge und Einführung zusätzlicher „privater“ Abgaben und Zuzahlungen („Selbstvorsorge“ und Eigenbeteiligung).
- Die Begrenzung des Arbeitslosengeldbezuges.
- Strengere Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose.
- Abschläge bei der Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze.
- Die Anhebung der Altersgrenze.
- Die Flexibilisierung der Arbeitszeit.
- Weitere Aushebelung des Kündigungsschutzes.

Von „Schwarz-Gelb“ zu „Rot-Grün“

Ab 1982 begann die CDU/CSU/FDP-Regierung unter Kohl/Genscher mit der Umsetzung des im Lambsdorff-Papier formulierten neoliberalen Programms. Ihr war bewusst, dass es dafür Zeit und Beharrlichkeit brauchte. Insbesondere, um auf ideologischem Gebiet die angekündigte „geistig-moralische Wende“ in Deutschland durchzusetzen. Diese Wende sollte den linken „Ungeist“ der 1960er und

1970er Jahre überwinden und die westdeutschen Gewerkschaften politisch und organisatorisch schwächen.

Beharrlichkeit brauchte es tatsächlich. Denn der anfängliche Widerstand, auch der gewerkschaftliche, war stärker als erwartet. Noch 1984 setzte die IG Metall mit einem wochenlangen Streik die 35-Stundenwoche durch.

Dieser Streikkampf übte zwar einen politisierenden Einfluss auf die gesamte Gesellschaft aus, aber er reichte nicht aus, um den neoliberalen Umbruch zu stoppen. So war er das bedeutendste große Aufbäumen der Gewerkschaften vor einer langen Phase des gewerkschaftlichen und politischen Zurückweichens ab Ende der 1980er Jahre.

Die kapitalistische „Wiedervereinigung“ Deutschlands förderte die politische Orientierungslosigkeit der arbeitenden Klasse weiter. Nicht zuletzt dadurch war es den Neoliberalen möglich, auch im vereinigten Deutschland ihre Ideologie erfolgreich zu verankern. Der weltwirtschaftliche Konkurrenzdruck, das Drohen mit Standortverlagerungen, das permanente Schüren von Angst durch Regierung und Kapital führten zur weiteren Anpassung.

Die mehrheitlich sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen wollten und konnten dem politisch nichts entgegensetzen. Sie verfügten weder über ein gesellschaftliches Gegenmodell noch über eine wirksame Strategie gewerkschaftlicher Gegenmacht. Unter diesen Voraussetzungen konnten in den Gewerkschaften und den Betrieben „Standortdenken“ und neoliberale Ideen immer mehr Fuß fassen.

Erst durch diese jahrelange ideologische Infiltrierung wurde der Weg frei gemacht für die entscheidende Verschärfung der neoliberalen Wende. Diese folgte ab 1998 unter der „rot-grünen“ Schröder/Fischer-Regierung. Hilfreich war dabei die enge Verbindung zwischen SPD-Führung und Gewerkschaftsapparat. So konnte „Rot-Grün“ mit seiner Agenda-Politik die von Kohl/Genscher begonnene neoliberale „Wende“ ohne größeren gewerkschaftlichen Widerstand rücksichtslos und „erfolgreich“ zu einem vorläufigen Ende bringen. ■



Demo gegen Abbau bei ABB Mannheim-Käfertal, 22. Januar 1998.

Foto: Privat

„Aufrüstung zur ‚Friedenssicherung‘?“

N. B.

Am 28. Mai 2021 fand der monatliche Info- und Bildungsabend der ISO Rhein-Neckar erneut virtuell statt. Unser Referent gab einen detaillierten Überblick über das weltweite Aufrüsten und den Zusammenhang zur sich entfaltenden Klimakatastrophe. In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem darüber diskutiert, was das für uns als Sozialist*innen bedeutet.

Neuer Kalter Krieg?

Der Referent begann seinen Vortrag mit der These, ein neuer Kalter Krieg kündige sich an, wenn er nicht schon in vollem Gange sei. Die drei großen Militärmächte USA, Russland und China überbieten sich an militärischen Machtdemonstrationen und Provokationen.

Weltweit stiegen die Rüstungsausgaben stetig. Aktuell lägen sie bei zwei Billionen US-Dollar jährlich. Dabei stehe die USA mit 40 bis 50 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben weit vor den anderen Ländern. Deutschland belege den siebten Platz dieser unrühmlichen Liste und den dritten in Bezug auf Waffenexporte. Auch das Corona-Konjunkturpaket vergesse die Rüstungsindustrie nicht.

Kampf um „grüne Technologie“

Dabei spiele der geopolitische Konflikt zwischen den USA und China eine besondere Rolle. Die NATO stehe auch hierbei fest hinter der USA. Im ost- und südchinesischen Meer konkurrierten China und die USA um Erdgasvorkommen. China sei zudem führend im Abbau und der Verarbeitung elementarer, aber weltweit knapper Rohstoffe.

Um „grüne Technologien“ würden Kämpfe geführt, die für das Klima fatale Folgen haben könnten. Hinzu komme die Verschwendung wichtiger Ressourcen für das Aufrüsten unter anderem mit Atomwaffen.

Kriegstreiber auf dem Vormarsch

Die anschließende Diskussion drehte sich nicht zuletzt um die Frage nach der Bedeutung einzelner Staaten für das Wettüben. Dabei seien die USA immer noch der größte Kriegstreiber mit stationierten Truppen überall auf der Welt. Dass andere Staaten wie China und Russland dabei aufzuholen versuchten, müsse die Bedrohung eher noch steigern. Hinzu komme der Einsatz künstlicher Intelligenz und die zunehmende Automatisierung schwerer Kriegswaffen.

auch ein, dass der Hauptkriegstreiber das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seinen Akteuren sei. Nicht verschiedene Völker stünden im militärischen Konflikt miteinander, sondern die Herrschenden unterschiedlicher Länder: die Besitzer der großen Konzerne und die Politiker*innen, die mehr oder weniger unverhohlen in ihrem Interesse agierten. In der globalisierten Welt gehe es nur vordergründig um Ideologien wie Nationalismus oder Religion.

Sozialistische Strategien

Wenn es beim Aufrüsten um die Interessen der Mächtigen geht, wie können wir uns dann als sozialistische Organisation im Sinne der arbeitenden Klasse positionieren? Es handelt sich bei der Kriegspolitik um eine Klassenfrage: Während die Herrschenden die Befehle geben und von Kriegen profitieren, sind es andere, die mit harter Arbeit die Kriegsmaschinerie aufbauen, die Befehle ausführen und dabei ihre Gesundheit und ihr Leben riskieren. Die arbeitende Klasse und die ärmeren Teile der Bevölkerung leiden besonders unter Kriegen.

Die Kriegstreiber sind aber auch abhängig von der arbeitenden Klasse. Wir müssen daher die Losung stark machen, dass die Pro-

duzierenden selbst entscheiden sollen, was sie herstellen. Eine demokratische, von den Beschäftigten getragene Konversion sollte insbesondere in Baden-Württemberg mit seiner großen Rüstungsindustrie ein zentrales Ziel antimilitaristischer Arbeit sein.

Wirkmacht des Antimilitarismus

Welche Wirkmacht eine antimilitaristische Bewegung erzielen kann, wurde den Diskussionsteilnehmenden bei einem Blick in die Geschichte bewusst: Im Oktober 1917 in Russland und im November 1918 in Deutschland waren es proletarische Anti-Kriegs-Bewegungen, die den „Ersten Weltkrieg“ beendeten. Sie sind zudem für eine Gesellschaft eingetreten, in der nicht mehr die Profite im Mittelpunkt stehen, sondern die arbeitenden Menschen mit ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten.

Heute gilt es daher, die Gewerkschaften mit der Klima- und mit der Anti-Kriegs-Bewegung zum gemeinsamen Handeln zusammenzuführen. Ihre Aufgabe ist es, aus internationalistischer Verantwortung die Rüstungsproduktion auf zivile Güter umzustellen und die Bundeswehr durch ein demokratisches Milizsystem zu ersetzen. ■



Ostermarsch in Mannheim, 3. April 2021.

Foto: F. Hofmann.

Diskussionsteilnehmende wandten aber

8. Mai – Tag der Befreiung Gegen das Vergessen

M. G.

Am 8. Mai 2021 fand auf dem Mannheimer Schillerplatz eine gelungene Kundgebung zum Tag der Befreiung statt.

Eingeladen hatte ein Bündnis aus Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (MA und HD), Naturfreunde MA, Freireligiöse Gemeinde MA und Offenes antifaschistisches Treffen MA.

Eines der Anliegen: Der 8. Mai muss zum Feiertag erklärt werden. Die 75 Millionen Opfer der faschistischen Diktatur und des Zweiten Weltkriegs dürfen nie vergessen werden.

Die rund 200 Anwesenden konnten ein beeindruckendes Pro-

gramm aus politischen Reden und kulturellen Beiträgen der Initiative „Bunte Vielfalt statt völkischer Einfalt“ verfolgen.

Gegen das Vergessen der Verbrechen des Faschismus einzutreten heißt auch, die entscheidenden Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.

Der Kapitalismus ist der Nährboden für den Faschismus. Nur eine Einheitsfront der Organisationen der arbeitenden Klasse kann einen Faschismus 2.0 verhindern. ■



Kundgebung auf dem Schillerplatz Mannheim, 8. Mai 2021.

Foto: Avanti²

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 04.06.2021, 17:00 Uhr, Antifaschistische Kundgebung, Marktplatz Hirschhorn*
- SA, 05.06.2021, 11:00 Uhr, Infostand #ZeroCovid, Marktplatz MA*
- SO, 06.06.2021, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DI, 08.06.2021, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- SA/SO, 12./13.06. 2021, Ökosozialistische Konferenz, „Schieferpark“ Thüringen*
- DO, 17.06.2021, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- DI, 22.06.2021, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- FR, 25.06.2021, 19:00 Uhr, Virtueller ISO-Infoabend zu aktuellem Thema

Vorschau

- SA, 31.07.2021, 13:00 Uhr, „Pariser Kommune und direkte Demokratie“, Sommerseminar der ISO Rhein-Neckar MA *
 - SA, 31.07. 2021, 18:00 Uhr, Sommerfest der ISO Rhein-Neckar*
- * [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

